

KOMMENTARE



Miray Caliskan über die alltägliche Gewalt gegen Frauen:
Es ist endlich an der Zeit, das Schweigen zu brechen

Sichtbar sein

Frauen sind miteinander verbunden durch einen unsichtbaren Faden. Es spielt keine Rolle, aus welchem Land wir kommen. Welcher Gesellschaftsschicht wir angehören. Welche Partei wir wählen. An wen oder was wir glauben. Frauen sind miteinander verbunden durch Gewalt. Die hundertsten Berichte über Frauen, die durch Ex-Partner, Familienmitglieder oder Fremde geschlagen, vergewaltigt, ermordet werden, erschüttern uns bis ins tiefste Mark. Sie lassen uns verzweifeln, wir leiden mit und wissen: Wenn eine von uns nicht sicher ist, ist es keine von uns. Keiner denkt sich „so etwas passiert mir nicht“, sondern „ich könnte die nächste sein.“

Es scheint, als würde in den vergangenen Jahren ein Krieg gegen Frauen geführt. Sie werden nicht „nur“ getötet – sondern regelrecht abgeschlachtet. Erst vor zwei Wochen wurde in einem Waldgebiet der türkischen Stadt Mugla die Leiche einer 27-jährigen Studentin entdeckt.

Keine Frau denkt sich mehr, „so etwas passiert mir nicht“. Sondern: „Ich könnte die nächste sein.“

Der Ex-Freund hatte sie nach eigenen Angaben in einem „Eifersuchtswahn“ erwürgt, den Körper in ein Kanister gelegt, vergeblich versucht, die junge Frau zu verbrennen, und sie letztendlich mit Beton übergossen. Viele erinnern sich auch an das Verbrechen auf der Rheinau, wo eine 22-Jährige ebenfalls von ihrem Ex-Freund mit mehr als 20 Messerstichen getötet

wurde. Woher kommt dieses schiere Zerstörungswut? Viel wichtiger: Was tun, damit Gewalt endlich aufhört? Natürlich gibt es auch Frauen, die zu Täterinnen werden. Oder Männer als Opfer. Aber wenn es eine Lösung für dieses eine Problem gibt, gibt es eine für alle.

Woher kommt die schiere Zerstörungswut der Täter? Und wie kann die Gewalt gestoppt werden?

Die unbürokratischste Lösung: sich gegenseitig unterstützen. So simpel es auch klingt, sie könnte die effektivste sein. Eine Frau, die sich – egal wie weit fortgeschritten diese Beziehung auch sein mag – nicht sicher fühlt, sollte ihr Schweigen brechen und sich jemandem anvertrauen. Ist dieser schwierige Schritt getan, können Freund, Freundin, Familie helfen, sich rechtzeitig dieser Beziehung zu entziehen, nach Hilfe zu suchen, sogar „abzutauchen“. Denn eins ist sicher: In den meisten Fällen sind es die Partner und Ex-Partner, die Frauen Gewalt zufügen. Sich sichtbar machen heißt auch ein Stückweit sich in Sicherheit zu begeben.

Das Thema muss stärker in den Fokus der Gesellschaft rücken. Aufklärungskampagnen dürfen nicht nur am Weltfrauentag, sondern über das Jahr hinweg, in kleinen und großen Städten aber auch in sozialen Medien stattfinden. Auch Jugendliche sollten in der Schule über Gewalt gegen Frauen und Frauenhass aufgeklärt werden. Diese und weitere Schritte könnten helfen, Gewalt gegen ein Geschlecht gänzlich zu stoppen.



Detlef Drewes begrüßt die Entscheidung der EU, Geld für polnische Kommunen zu streichen, die unter anderem Homosexuelle ausgrenzen

Es reicht

Gleichstellung ist kein Luxusgut, sondern ein Grundwert. Die Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihres Geschlechts ist indiskutabel. Nicht zuletzt deshalb bleibt die Hetze, die die Anti-LGBT-Bewegung in Polen initiiert, kein innenpolitisches Thema. Das Vorgehen gegen lesbische, schwule, bisexuelle sowie transsexuelle/transgender Menschen geht alle an, eine Gemeinschaft, die sich zu Menschenrechten bekennt, allemal.

Die Brüsseler EU-Kommission hat im Umgang mit jenen Staaten, die Grundwerte dieser Union offen oder latent zersetzen, viel Langmut bewiesen. Man hat sich an die vertraglich gesetzten Fristen gehalten, Einspruchsmöglichkeiten geschaffen und geradezu hanebüchene Rechtfertigungen der Regierungen hingenommen. Dass die für Gleichstellung zuständige Kommissarin nun ein Exempel statuiert hat, war mutig und richtig.

Menschenrechte dürfen in Europa nicht ungestraft außer Kraft gesetzt werden

Während auf höchster Ebene noch über einen Rechtsstaatsmechanismus diskutiert wird, hat Helena Dalli die vorhandenen Möglichkeiten der EU-Verträge ausgeschöpft und ein Zeichen gesetzt. Nein, das wird Polen weder zum Umlenken und schon gar nicht zum Nachdenken bewegen. Aber es macht deutlich, dass man auch mitten in Europa nicht unge-

straft Menschenrechte außer Kraft setzen darf – nicht einmal dann, wenn einige verirrte Würdenträger einer moralischen Instanz wie der katholischen Kirche in Polen auch noch eine ideologische Rechtfertigung für den Kampf gegen Schwule und Lesben liefert.

Politik braucht Mehrheiten, sie braucht aber auch Symbole. Es sollte nicht das einzige bleiben.

In den nächsten Wochen werden die Kommission, das Europäische Parlament und die deutsche Bundesregierung, die derzeit die Ratspräsidentschaft innehat, über einen strengeren Umgang mit jenen Regierungen, die demokratische Werte aushebeln, diskutieren. Das ist gut und überfällig, auch wenn das Instrument keineswegs so scharf und konsequent ausfallen wird, wie es die öffentlichen Stellungnahmen suggerieren. Denn alle Sanktionen brauchen am Ende eine Einstimmigkeit, die es im Kreis der Staats- und Regierungschefs nicht gibt. Und selbst das Abgeordnetenhaus wird, weil man zuhause die Gelder aus dem Aufbau-Fonds dringend braucht, im Zweifel auch für einen schwachen Rechtsstaatsmechanismus stimmen.

Politik braucht Mehrheiten. Sie braucht aber auch Symbole. Genau dies hat die EU-Behörde nun geschaffen. Es sollte nicht das einzige bleiben. Gerade weil der materielle Schaden nur gering ist, überwiegt die Bloßstellung jener, denen nicht einmal Grundwerte wie die Gleichstellung heilig sind.

Bildung: Als erstes Bundesland ist Mecklenburg-Vorpommern unter Corona-Bedingungen ins neue Schuljahr gestartet

„Arme raus – Abstand halten“

Von Joachim Mangler und Frank Pfaff

Rostock/Schwerin. Am Innerstädtischen Gymnasium (ISG) in Rostock beginnt das neue Schuljahr mit einer praktischen Übung: „Arme raus, Abstand halten“, lautet die Anweisung von Schulleiter Markus Riemer. Im begrünten Innenhof hat er am Montagmorgen rund 150 Siebtklässler vor sich. Für sie beginnt wie für die anderen knapp 153 000 Schüler im Nordosten wieder die Schule.

Als erstes Bundesland versucht Mecklenburg-Vorpommern nun nach den Sommerferien, unter Pandemiebedingungen zu einem weitgehend regulären Schulbetrieb zurückzukehren. Im Rest der Bundesrepublik wird aufmerksam beobachtet, wie nach dem Rumpfunterricht der zurückliegenden Monate in einer Art Großexperiment der Neustart erprobt wird.

Vom normalen Schulalltag, das spüren an diesem Morgen auch die Jungen und Mädchen in Rostock, ist man noch ein ganzes Stück entfernt. Wie im coronageprägten Alltag lautet eine der wichtigsten Grundregeln: möglichst wenige Kontakte zum Nebenmann. Präsenzunterricht soll die Regel, Homeschooling via Internet die ergänzende Ausnahme sein. Ob auch in Schulgebäuden eine Maskenpflicht gelten soll, darüber wird in vielen Bundesländern noch diskutiert.

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) hatte das zuletzt befürwortet. Einige Bundesländer hatten eine Maskenpflicht im neuen Schuljahr angekündigt, in Schulgebäuden – nicht aber im Unterricht. Überraschend kam aus Nordrhein-Westfalen am Montag dann die Meldung, dass im bevölkerungsreichsten Bundesland an weiterführenden und berufsbildenden Schulen zunächst bis Ende August eine Maskenpflicht auch im Unterricht gelten soll. Schleswig-Holstein sprach dagegen nur eine „dringende Empfehlung“ für die ersten beiden Schulwochen aus, eine Pflicht soll es nicht geben. Die Empfehlung bezieht sich auf die Schulgebäude, den Schulhof und auch auf den Unterricht.

Feste Gruppen

Wie in allen anderen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns liefen in den vergangenen Wochen auch am ISG die Vorbereitungen auf Hochtouren. Hygienekonzepte wurden erstellt. Um das Infektionsrisiko zu verringern, wurden die Schüler in feste Gruppen eingeteilt, die sich in der Schule nicht begegnen sollen. Innerhalb der Gruppen sind die Abstandsregeln aber aufgehoben. Es gehe darum, den 850 Schülern und gut 80

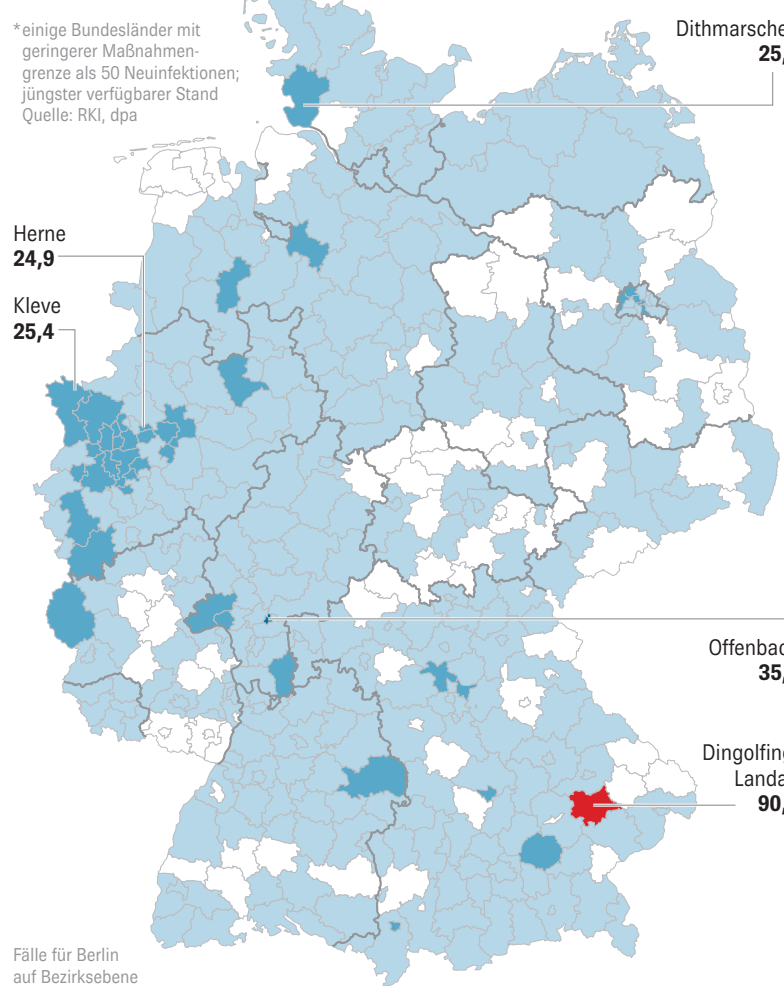


Start ins neue Schuljahr: Schüler gehen in Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern) durch den zugeordneten Eingang. BILD: DPA

Corona-Fälle der letzten 7 Tage

Bestätigte Neuinfektionen je 100 000 Einwohner der vergangenen sieben Tage in den Landkreisen und kreisfreien Städten

0 0,1 – 10 10,1 – 30 30,1 – 50 mehr als 50*



Lehrern maximale Sicherheit bieten zu können, sagt Riemer. Auf dem Schulhof wurden daher Treffpunkte für die unterschiedlichen Klassenstufen eingerichtet, Laufwege in den Fluren aufgezeichnet und Desinfektionsmöglichkeiten geschaffen.

Maskenpflicht in den Fluren

Die Gymnasien in Rostock haben klare Anweisungen gegeben. „In den Fluren des Hauses herrscht Maskenpflicht“, sagt Jan Bonin, Leiter des Gymnasiums im Stadtteil Reutershagen, an dem mehr als 600 Schüler unterrichtet werden. So gab es zum Schulstart auch kein Pardon für Schüler, die sich nicht an die Maskenpflicht hielten. Sie wurden aufgefordert, sofort den Schutz anzulegen. Wer keine Maske dabei hatte, bekam eine von der Schule.

Vorsichtigen Optimismus verbreitet an diesem Montag die Vorstellung einer Corona-Studie an sächsischen Schulen im Mai und Juni. „Die akute Ansteckung lag bei Null, von 2599 Kindern und Lehrern war keiner infiziert“, sagte Professor Wieland Kiess, Direktor der Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendmedizin am Universitätsklinikum Leipzig, in Dresden. In 14 von 2338 Blutproben (0,6 Prozent) fanden sich demnach Antikörper als Hinweis auf eine überstandene Corona-Infektion. Die Rachenabstriche und Blutproben waren von Schülern und Lehrern an zehn Grundschulen und neun Gymnasien in Sachsen genommen worden.

Pandemie: Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz richten Stationen an Autobahnen ein / Neues Angebot in Frankfurt

Tests an Straße, Schiene und Flughafen

Berlin/Stuttgart. Noch in dieser Woche soll die Corona-Testpflicht für Reisrückkehrer aus Risikogebieten in Deutschland in Kraft treten. Das hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am Montag bekräftigt. Einen genauen Termin nannte er am Montag im ARD-„Morgenmagazin“ aber noch nicht: „Wir wollen das gut abstimmen auch mit den Ländern, da das ja auch vor Ort dann an den Flughäfen zum Beispiel oder an den Bahnhöfen gelebt werden können muss. Und deswegen finde ich es wichtig, es gut zu machen.“

Reisende aus dem Ausland sollen sich in Baden-Württemberg künftig auch an Teststationen im Straßen-, Bahn- und Busverkehr auf das Coronavirus testen lassen können. „Die mobilen Teststationen sollen an geeigneten Standorten mit nennenswertem Reiseverkehr sowie an großen Um- und Ausstiegshöfen errichtet werden, an denen eine große Anzahl von Reisrückkehrern aus dem Ausland zu erwarten sind“, teilte die Landesregierung mit. „Und zwar sowohl als Risiko- als auch als Nicht-Risikogebieten.“ Alle Testan-

gebote sind kostenlos. Die Flughäfen Stuttgart, Baden-Baden und Friedrichshafen werden demnach sukzessive Testmöglichkeiten anbieten. Ab Montag sind bereits Tests am Flughafen Stuttgart möglich.

In der kommenden Woche werden darüber hinaus Teststationen an Autobahnparkplätzen und Bahnhöfen schrittweise eingerichtet. Unter anderem seien Stationen an den Hauptbahnhöfen in Karlsruhe und Stuttgart vorgesehen, weitere Bahnhöfe seien in Prüfung, darunter der Hauptbahnhof Mannheim. Im Straßenverkehr soll es Teststationen an Parkplätzen auf den Autobahnen 5, 81, 7 und 8 geben.

Alternativ könnten Reisrückkehrer aus dem Ausland den entsprechenden Test auch kostenlos bei niedergelassenen Ärzten und durch die von den Kassenärztlichen Vereinigungen betriebenen Testzentren durchführen lassen, teilte die Landesregierung mit. Auch in Rheinland-Pfalz können sich alle Urlaubsrückkehrer seit Samstag kostenlos testen lassen, un-



abhängig davon, ob sie aus einem Risikogebiet kommen oder nicht. Dafür sollen sie sich bei ihren niedergelassenen Ärzten oder den Coronaambulanzen melden. Die Landesregierung will noch in dieser Woche Teststationen für Reisrückkehrer einrichten, kündigte die Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Stefanie Schneider an. Diese solle es sowohl am Flughafen Hahn als auch für Individualreisende in Grenznähe zu Luxemburg, Belgien und Frankreich geben. Wie viele Stationen es geben werde, sei noch unklar. Am Frankfurter Flughafen ist seit dieser Woche ein Testzentrum für Passagiere aus Risikogebieten in Betrieb. Derzeit kommen nach Angaben des Flughafenbetreibers wöchentlich rund 16 000 Passagiere aus Risikogebieten nach Frankfurt, vor allem aus den USA, Indien, Brasilien, Russland und der Türkei. Das Robert Koch-Institut stuft Länder mit hohen Infektionszahlen als Risikogebiete ein. Dazu zählen etwa Teile Spaniens oder Luxemburg dpa